

Der „Großschwaben-Plan“

haltung, die Baden gegenüber dem Projekte beobachtete, ließ wohl ernstliche Verhandlungen hierüber nicht aufkommen. Der Gedanke hat keine greifbare Form angenommen. Immerhin wäre die Angliederung des von Preußen weit abgelegenen kleinen Landesteiles Hohenzollern-Sigmaringen an Württemberg, an der allerdings Württemberg finanziell und wirtschaftlich nicht stark interessiert zu sein scheint, als erstrebenswert zu bezeichnen.

V. Baden. Baden hat, wie erwähnt, die Anregungen einer Vereinigung mit Württemberg oder eine Angliederung der Rheinpfalz nicht verfolgt. Sonstige Wünsche zur Änderung des Gebiets sind nicht hervorgetreten.“

Nach dem Beschluß der Nationalversammlung vom 22. 7. 1919 zur Anwendung des Artikels 18 der Reichsverfassung war die Reichsregierung verpflichtet, „beim Vollzuge dieses Artikels zur Vorbereitung der Reichsvermittlung beim Reichsministerium des Innern eine Zentralstelle unter Zuziehung von Vertretern des Reichsrats zu errichten.“ Die konstituierende Sitzung der „Zentralstelle zur Gliederung des Deutschen Reiches“ fand schließlich am 3. November 1920 im Reichsministerium des Innern statt³⁰. Als für Süddeutschland wichtige Mitglieder gehörten ihr u. a. an:

Als vom Reichstag gewähltes Mitglied der ehemalige bayerische Ministerpräsident Johannes Hoffmann³¹ und Schriftleiter Wilhelm Heile³²; als vom Reichsrat gewählte Mitglieder der württembergische Ministerialdirektor Schäffer³³, der preußische Ministerialdirektor Dr. Meister; als vom Reichsminister des Innern berufene Mitglieder Dr. Konrad Adenauer³⁴, Oberbürgermeister von Köln; der preußische Staatskommissar für die Verwaltungsreform in Berlin, Dr. Drews³⁵; der ehemalige württembergische Staatsminister Professor Dr. Lindemann³⁶. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Graf Roedern³⁷ wurden auf der konstituierenden Sitzung der Zentralstelle zu den vom Reichsinnenminister vorgelegten Fragen neun Kommissionen und deren Vorsitzende gewählt. Frage 9 hatte „Hohenzollern und Württemberg“ zum Gegenstand; die hierfür zuständige Kommission erhielt Dr. Drews als Vorsitzenden und Professor Lindemann, Ministerialdirektor Schäffer sowie den badischen Gesandten Dr. Nieser³⁸ als Mitglieder. Kooptiert wurden

³⁰ Bestand Preußisches Justizministerium, Geheimes Staatsarchiv Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Repositur 84a Nr. 9448. – GLAK (wie Anm. 29). – HStAS (wie Anm. 25).

³¹ Johannes Hoffmann (1867–1930), bayerischer Ministerpräsident 1919/20. – Vgl. *M. Schwarz*, MDR (wie Anm. 13), S. 676.

³² Wilhelm Heile (geb. 1881). – Vgl. *M. Schwarz*, MDR (wie Anm. 13), S. 665.

³³ Hugo Schäffer (geb. 1875), u. a. Reichsminister für Arbeit 1932. Unvollständige Personalakte im HStAS, Württ. Staatsministerium, E 130 c, Nr. 100.

³⁴ Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln. Hg. von H. Stehkämper. 1976, S. 355 ff. Konrad Adenauer als Präsident des Preußischen Staatsrates.

³⁵ Bill Drews (1870–1937), preußischer Minister des Innern, Nachlaß im BAK. – Vgl. Das Bundesarchiv und seine Bestände. 2. Aufl. 1968, S. 177.

³⁶ Professor Dr. Hugo Lindemann (1867–1950), württ. Arbeitsminister. – Vgl. *M. Schwarz* (wie Anm. 13), S. 389.

³⁷ Siegfried Graf Roedern (1870–1954), preuß. Staatsminister. Nachlaßreste im BAK. – Vgl. wie Anm. 34, S. 211.

³⁸ Friedrich Franz Joseph Nieser (1861–1945), bad. Gesandter in Berlin. Personalakte im GLAK. – Vgl. *Heinrich Köbler*, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes, 1879–1949, 1964, S. 141.